Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 17. | Dresden, Montag den 21. Januar 1918. | 29. Jahrg.

Auflösung der Konstituante.

Straßenkämpfe in Petersburg. — Naher Frieden mit der Ukraine. — Neue Friedenserklärung Czernins. — Lloyd Georges Schwierigkeiten.

Am Freitag wurde im Taurischen Palais die Verfassunggebende Versammlung von dem Vorsitzenden des Hauptausschusses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, Swerdlow, eröffnet. Die Versammlung wählte Tschernow mit 244 gegen 151 Stimmen, die auf Frau Spiridonowa fielen, zum vorläufigen Vorsitzenden. Lange konnte Tschernow seines Amtes nicht walten, denn am Sonntag morgen wurde die Konstituante bereits mit Bajonetten auseinander gejagt:

W. T.-B. **Petersburg**, 20. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem die Verfassunggebende Versammlung nach halbstündiger Beratung gegen die Erklärung des ausführenden Zentralausschusses der Sowjets abgestimmt hatte, **entfernten sich die Bolschewiki. Die Verfassunggebende Versammlung wollte nicht die Art und Weise billigen, in der die Friedensverhandlungen von den Sowjets, die den Saal verlassen hatten, geführt wurden. Um 4 Uhr morgens wurde die Versammlung durch Matrosen aufgelöst. Heute wird ein Erlaß über die Auflösung der gesetzgebenden Versammlung erscheinen.**

Mit diesem Gewaltakt ist für die streitenden Parteien eine neue Kampfsituation geschaffen. Die deutsche Sozialdemokratie hat schon oft ausgesprochen, daß sie zwar im sozialistischen Endziel und im Streben nach dem Frieden mit den Bolschewiki einverstanden ist, daß sie sich aber sonst in ihren Auffassungen und Methoden von den Bolschewiki stark unterscheidet. Das muß, wie der Vorwärts richtig betont, aus dem gegenwärtigen Anlaß wiederholt und unterstrichen werden. Die Bolschewiki dürfen sich nach all ihrem autokratischen Regierungsgebaren nicht wundern, daß jetzt eine Phalanx von links bis rechts gegen die Herrschaft der maximalistischen Sowjets erstanden ist.

Die Unsicherheit, mit der die Bolschewiki der Konstituante gegenüber standen, hat sich als berechtigt erwiesen: kaum ein Drittel der Stimmen stand hinter ihnen. Daß die Gewählten überhaupt zusammenberufen wurden, lag an dem Drucke, der sich gegen den „Rat der Volkskommissare" von allen Seiten geltend machte. Steigender Mißmut, Umschwung der Stimmung bei der Arbeiterschaft und einem Teil der Soldaten, direkte Drohungen, wie diejenige der Post- und Telegraphenangestellten, den Generalstreik im Falle der Nichteinberufung der Konstituante zu proklamieren, kritische Lage des Ernährungswesens, ohne Ausweg und Ausblick, vielleicht auch der Gang der Friedensverhandlungen, all diese Sturmzeichen bewegten schließlich die Bolschewikiregierung, die Konstituante tagen zu lassen.

Schon die erste Abstimmung zeigte das Kräfteverhältnis deutlich. Mit fast Zweidrittel-Mehrheit wählte die Versammlung Kerenskis ehemaligen Landwirtschaftsminister zum Vorsitzenden. Tschernow, dessen Namen einst alles umschloß, was das russische Bürgertum haßte wie den Tod, den Internationalismus Zimmerwalder Prägung und die sofortige Enteignung allen Grundbesitzes, er ist heute der Bannerträger aller Feinde der bolschewikischen Diktatur. Seine Wahl war einheitliches Programm der Konstituante-Mehrheit, der Ablehnung der Bolschewiki-Regierung. So wurde denn auch die Regierungserklärung mit der gleichen Stimmenmehrheit beiseite geschoben. Reuter berichtet darüber aus Petersburg:

Die konstituierende Versammlung beschloß mit 273 gegen 140 Stimmen, die Beratung der von Swerdlow verlesenen Erklärung der Arbeiterrechte, die verlangt, daß die russische Republik der Sowjets das Privateigentum abschafft und das Eigentum der Arbeiter an ihrer Arbeit und den Arbeitszwang einführt, daß die Arbeiter bewaffnet und die müßigen Klassen entwaffnet werden, daß eine sozialistische Armee geschaffen und die Anleihen für ungültig erklärt werden, zu vertagen. Die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre verließen hierauf den Saal, während die zurückbleibenden Sozialrevolutionäre der Rechten trotz der Drohungen des in den Gängen aufgestellten, mit Gewehr und Bajonett bewaffneten Militärs den Vorschlag annahmen, an die kriegführenden Regierungen zu wenden, um einen Weltfrieden herbeizuführen.

Jetzt knattern in Petersburg wieder einmal die Maschinengewehre, der blutige Kampf der Mehrheitsanhänger gegen die Bolschewiki-Diktatur tobt. Noch scheint der größte Teil des Heeres hinter den Bolschewiki zu stehen. Und wie auch der neuentbrannte Kampf um die Herrschaft entschieden werden mag: das russische Heer hat abgerüstet, das Verpflegungswesen wie die gesamte Kriegsmaschinerie ist desorganisiert, an eine erfolgreiche Wiederaufnahme des Kampfes kann in Rußland keine Regierung mehr denken.

Trotzdem bedeuten die Vorgänge in Petersburg für unsere Regierenden eine ernste Lehre. Soweit aus den vorliegenden Telegrammen ersichtlich, richtete sich die Konstituante-Mehrheit auch gegen die Friedenspolitik der Bolschewiki. Kühlmanns Vorschläge haben uns in Rußland bis heute keinerlei Sympathien erworben. Und das ist verständlich. **Kühlmann** erklärte noch am Freitag in **Brest-Litowsk** zur Abstimmung über die staatliche Zukunft derjenigen besetzten Gebiete, denen Rußland das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt habe, daß das von der russischen Delegation hierfür beantragte Referendum nicht dem Entwicklungszustande der Bevölkerung dieser Gebiete entspräche. Mit solchen Erklärungen ist nicht weiterzukommen. Bis heute ist die deutsche Delegation einem Vorschlag darüber, wie denn das auf „breiter Grundlage auszuübende Volksvotum", das Kühlmann in Aussicht stellte, aussehen soll! Die Haltung der deutschen Delegation muß in Rußland den Schein erwecken: Deutschland will das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" nur insoweit anerkennen, als dabei ein Angliederung **Litauens und Kurlands** an Deutschland herausspringt. Wenn das wirklich der Plan der deutschen Regierung wäre, so spräche daraus eine verhängnisvolle Kurzsichtigkeit. Denn während Kurland für Deutschland keine wesentliche militärische Stärkung bedeutet, trüge es uns die dauernde Feindschaft Rußlands ein. Selbst wenn sich jetzt Rußland unter dem Zwange der militärischen Lage in eine solche Lösung der Ostfragen fügen würde, so könnte es den Verlust Rigas und Libaus wohl nie verschmerzen, denn beide Städte sind seine einzigen eisfreien Häfen an der Ostsee. Als mindestes Entgegenkommen an Rußland muß gefordert werden, daß die besetzten Gebiete selbst über ihr Schicksal entscheiden. Wir fordern darum nunmehr von der deutschen Regierung, daß sie bei Wiederbeginn der Verhandlungen in **Brest-Litowsk** klar darlegt, wie sie sich ein **Volksvotum denkt, das den Willen der Bevölkerung der besetzten Gebiete klar zum Ausdruck kommen läßt.**

Ebenso ist es nötig, daß das deutsche Volk mehr Klarheit über die **Verhandlungen mit der Ukraine** erhält. Nach einer Meldung aus Brest ist es dem Vierbund gelungen, mit der Ukraine eine **Einigung** über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrags zu erzielen. Wie aber diese Grundlagen aussehen, wird verschwiegen. Polnische, galizische, rumänische und vor allem russische Fragen hängen mit der Lösung des ukrainischen Problems zusammen, Fragen, die für die Zukunft von größter Wichtigkeit sind. Da ist dem deutschen Volke mit offiziösen Hinweisen auf die Größe des Erreichten nicht gedient — es will vor allem Klarheit über die erreichten Grundlagen.

Gesteigerte Artillerietätigkeit bei Ypern.

(W. T.-B.) Amtlich. **Großes Hauptquartier**, den 21. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Nordöstlich und östlich von Ypern sowie an der Front von Lens bis Epehy hielt gesteigerte Artillerietätigkeit an.

Südlich von Vendhuille blieben bei Abwehr eines englischen Vorstoßes Gefangene in unserer Hand.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

In einzelnen Abschnitten der Champagne und zu beiden Seiten der Maas Kampftätigkeit der Artillerien.

Nordwestlich von Reims und in den Argonnen hatten kleinere Unternehmungen unserer Erkundungsabteilungen Erfolg.

In den beiden letzten Tagen wurden elf feindliche Flugzeuge und ein Fesselballon abgeschossen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Zwischen Wardar und Doiran-See lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf. In der Struma-Ebene kam es mehrfach zu Vorfeldkämpfen, die für die Bulgaren erfolgreich verliefen.

Italienische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: **Ludendorff.**

Einigung mit der Ukraine.

Berlin, 20. Januar. Die bisherigen Verhandlungen, die zwischen den Delegationen der **Mittelmächte** einerseits und der der **ukrainischen Volksrepublik** andrerseits geführt worden sind, haben das Ergebnis gezeitigt, daß **über die Grundlagen eines abzuschließenden Friedensvertrages Einigung erzielt worden ist. Der Kriegszustand soll für beendet erklärt und der Entschluß der Parteien bekräftigt werden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben.** Die an der Front einander gegenüberstehenden **Truppen sollen mit Friedensschluß zurückgezogen werden.** Alle Beteiligten sind darüber einig, daß der Friedensvertrag für die sofortige **Aufnahme eines geregelten, wirtschaftlichen und rechtlichen Verkehrs Vorsorge zu treffen haben wird, auch diplomatische** und konsularische Beziehungen sollen alsbald aufgenommen werden.

Mit Feststellung der wesentlichen Grundzüge des Friedensvertrages sind die Verhandlungen an einem Punkte angelangt, der es den Delegationen zur Pflicht macht, mit den heimischen verantwortlichen Stellen in Fühlung zu treten. Ein Teil der bevollmächtigten Vertreter sieht sich veranlaßt, dieser Stelle persönlich über den Gang der Verhandlungen Bericht zu erstatten und deren Zustimmung zu dem Vereinbarten einzuholen.

Alle Delegationen sind darüber einig, daß die hierdurch notwendig werdende Unterbrechung der Verhandlungen so kurz als möglich bemessen sein soll. Sie haben daher zugesagt, sofort nach Brest-Litowsk zurückzukehren und sind entschlossen, sodann im Rahmen der ihnen erteilten Ermächtigungen den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Hiermit ist es zum ersten Male in diesem die Welt erschütternden Kriege gelungen, die Grundlagen zur Herstellung des Friedenszustandes zu finden.

Straßenkämpfe in Petersburg.

Lugano, 21. Januar. Der Petersburger Korrespondent des Corriere della Sera meldet: In der Nacht zum Freitag wurden Hunderte von Verhaftungen vorgenommen. Freitag vormittags gegen 11 Uhr begannen in verschiedenen Stadtteilen Straßenkämpfe mit Gewehr und Maschinengewehrfeuer. Man errichtete Barrikaden. Die Soldaten der Roten Garde und bürgerliche Bewaffnete beteiligten sich am Kampfe ebenso wie die vor einigen Tagen aus Kronstadt eingetroffenen **Matrosen**. Die Kolonnen der **sozialrevolutionären Arbeiter**, die zugunsten der konstituierenden Versammlung demonstrierten, wurden von den Bolschewiken mit Gewehrfeuer und mit Bombenwürfen von den Dächern angegriffen.

Die Ukrainer auf der gesetzgebenden Versammlung.

Aus Petersburg wird gemeldet: Nach einer Depesche aus **Kiew** waren am Dienstag nur wenige ukrainische Mitglieder der Konstituante nach Petersburg unterwegs, um der Eröffnung beizuwohnen, andere waren wegen des zwischen der Ukraine und Groß-Rußland noch bestehenden Kriegszustandes **nicht abgereist**, da sie sich ihrer Unverletzbarkeit nicht sicher fühlten. Wie bereits gemeldet wurde, hatten 15 bis 20 ukrainische Mitglieder bei der Eröffnung der Konstituante ihre Erklärung zugunsten der Bildung einer Bundesrepublik verlesen, und darauf **Petersburg verlassen.**

Purischkewitsch verurteilt.

Basel, 21. Januar. Das revolutionäre Gericht in Petersburg verurteilte den Nationalisten und Monarchistenführer Purischkewitsch **zu vier Jahren Zwangsarbeit.**

Flucht der Rumänen aus Petersburg.

Genf, 21. Januar. Die Times melden aus Petersburg: Die Banken von Petersburg erhielten den Befehl der Regierung, rumänische Anweisungen nicht mehr auszugeben. Die Rumänen verließen fluchtartig Petersburg. Die Intervention der Entente-Botschafter wurde von Lenin zurückgewiesen.

Ein schweizerisches Korrespondenzbureau meldet aus Petersburg: Das Smolny-Institut **dementiert** die Nachricht, daß Befehl **zur Verhaftung des Königs von Rumänien** gegeben worden sei. Es wird jedoch bestätigt, daß das Smolny-Institut sehr ernste Maßnahmen ergreifen würde, wenn die Rumänen dem Ultimatum nicht unterwerfe.

Chaotische Zustände in Rumänien.

Petersburg, 20. Januar. Die maximalistischen Blätter melden aus Kischinew, daß zahlreiche rumänische Regimenter mit den maximalistischen Abteilungen gemeinsame Sache machen und die Befehle der Kommandanten ablehnen. **General Tscherbatschew** soll in der Nähe von Jassy von **maximalistischen Truppen eingeschlossen sein**. Zwischen den regierungstreuen und maximalistischen Truppen finden Kämpfe statt, die recht blutig sein sollen. Jassy wird von maximalistischen Truppen beschossen. Der rumänische maximalistische Ausschuß in Odessa, dessen Vorsitzender der bekannte rumänische Sozialistenführer **Rakowski** ist, hat gegen den **König**, den Ministerpräsidenten **Bratianu** und **Take Jonescu** einen Haftbefehl erlassen. Der [illegible] werden, die Macht an die [illegible] Arbeiter- und Soldatenräte [illegible] werden, daß die rumänische [illegible] **zahlreiche ihr ergebene Truppen besitze.**

Die Basler National-Zeitung berichtet: [illegible] Nachrichten aus Rußland bestätigen, daß die Zustände in Rumänien chaotisch sind. Die Armeen teilen sich in eine **monarchistische und eine revolutionäre Partei**. Der König [illegible] sich von einer starken Wache von Offizieren [illegible] und die Republik auszurufen. Die Soldaten [illegible] von der Front, und überall werden große Versammlungen zugunsten des Friedens abgehalten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180121/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG